

Die Deutsche Demokratische Republik war verpflichtet, nach Westdeutschland Waren im gleichen Werte von 325 Millionen Mark zu liefern, darunter

40 000 Tonnen Zucker,
90 000 Tonnen Getreide,
3 000 Tonnen Futtermittel,
20 000 Tonnen Benzin,
225 000 Tonnen Briketts

und anderes.

Dieses Abkommen hätte zum Beginn der Wiederherstellung engerer wirtschaftlicher Verbindungen auf dem Gebiete des Handels und des Verkehrs zwischen Ost- und Westdeutschland werden können. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um das Unterzeichnete und rechtsgültige Abkommen zu erfüllen. Sie hat dazu die vorgesehenen Warenmengen bereitgestellt und den Handelsorganisationen und den industriellen Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik breite Möglichkeiten gegeben, direkte Verhandlungen mit westdeutschen Firmen und anderen Vertretungen zu führen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat in jeder Weise den Einkauf und den Verkauf in Westdeutschland gefördert, da dies der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands dient und im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegt. Darüber hinaus war die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bemüht, auch den westdeutschen Handel mit dem Ausland, insbesondere mit den volksdemokratischen Ländern, zu fördern. Sie hat bei den ihr befreundeten Regierungen erfolgreiche Schritte unternommen, um den Handel dieser Staaten mit Gesamtdeutschland einschließlich der westlichen Besatzungszonen zu entfalten. Sie fand dabei das volle Verständnis bei den Regierungen der volksdemokratischen Staaten, darunter auch der Volksrepublik China, die bekanntlich für den deutschen Außenhandel außerordentliche Perspektiven bietet. Alle Kreise Westdeutschlands, die Werktätigen, die Unternehmer und Kaufleute, müssen sich heute klar darüber sein, daß eine erfolgreiche Entwicklung des gesamtdeutschen Handels mit der Sowjetunion und mit den Volkdemokratien, insbesondere mit dem großen China, nur über die Deutsche Demokratische Republik möglich ist.

(Hört, hört! — Beifall)

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist darum bereit, Westdeutschland in dieser Frage zu helfen und diese Frage für Gesamtdeutschland zu lösen.

(Beifall)

Was den innerdeutschen Handel anbelangt, so hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht die Absicht, das Frankfurter Abkommen als maximale Grenze des innerdeutschen Warenverkehrs aufzufassen, sondern sie ist bereit und gewillt, den Handel mit Westdeutschland breiter zu gestalten. Den wirtschaftlichen Planorganen der Deutschen Demokratischen Republik sind genaue Anweisungen erteilt worden, bedeutende Warenmengen für den innerdeutschen Handel bereitzustellen und mit der weiteren Entfaltung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik auch den Handel mit Westdeutschland auszubauen und zu erweitern.

Hingegen haben die westdeutschen Behörden die Beschränkungen des innerdeutschen Handels, die im Mai 1949 existierten, trotz des New Yorker und Pariser Abkommens der vier Großmächte nicht aufgehoben. Die Bonner Regierung, die ganz offensichtlich nicht die Interessen des deutschen Volkes wahrt, sondern ausschließlich dem Willen der Hohen Kommissare dienstbar ist, hat ihrerseits keinerlei Anstrengungen gemacht,

das Frankfurter Abkommen ordnungsgemäß zu erfüllen, sondern im Gegenteil willkürlich eine Reihe Hindernisse aufgerichtet, Hindernisse, die in der Praxis dazu führten, daß der Handelsverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland immer mehr zusammengeschrumpft ist und bei Fortsetzung dieser verantwortungslosen Politik ganz zum Aufhören gebracht werden könnte.

Die Verantwortung für die Tatsache, daß das Frankfurter Abkommen über den innerdeutschen Handel nicht einmal zur Hälfte erfüllt worden ist und gegenwärtig noch ein vertragloser Zustand existiert, tragen folglich einzig und allein die Hohen Kommissare der westlichen Besatzungsmächte und die Bonner Regierung.

Von dem Bestreben geleitet, die völlige wirtschaftliche Zerreißung Deutschlands zu verhindern, war die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in letzter Zeit ernstlich darum besorgt, das Frankfurter Handelsabkommen, das bereits am 30. Juni dieses Jahres abgelaufen ist, zu verlängern und damit die Möglichkeit zu schaffen, noch nachträglich den Warenaustausch durchzuführen, der in diesem Abkommen vorgesehen war. Darüber hinaus ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit, ein neues Abkommen über den innerdeutschen Handel zu schließen, das einen erweiterten Warenaustausch mit Westdeutschland ermöglichen würde. Der Abschluß eines solchen neuen Abkommens wäre ohne Zweifel für Westdeutschland von größtem wirtschaftlichen Vorteil. Wir sind sogar mit den Vertretern der westdeutschen Wirtschaft der Überzeugung, daß ein innerdeutscher Handel im Werte von mehr als einer Milliarde Mark im Jahr angesichts der Tatsache, daß der Warenaustausch zwischen Ost- und Westdeutschland früher zwischen 3 und 4 Milliarden Mark lag, durchaus realisierbar ist.

Ungeachtet dieser Tatsachen sind die Verhandlungen über die Wiederingangsetzung des innerdeutschen Handels von westlicher Seite unter allen möglichen Vorwänden und Ausflüchten verzögert worden. Es ist augenscheinlich, daß zum Beispiel die Bedingung, die seitens der westdeutschen Behörden als Voraussetzung der Wiederaufnahme der Verhandlungen über den innerdeutschen Handel erhoben wurde, die Lieferung von Wasser und Strom nach Westberlin wiederaufzunehmen, in keinem direkten Zusammenhang mit den Fragen des Handels zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland steht. Solche Bedingung wurde von den Hohen Kommissaren willkürlich zu dem einzigen Zwecke gestellt, um zugunsten ihrer imperialistischen Ziele den innerdeutschen Handel zu hemmen. Obwohl nun bereits seit längerer Zeit durch die großzügige und entgegenkommende Haltung des Demokratischen Berliner Magistrats die Wasserlieferung nach Westberlin wiederaufgenommen ist und Verhandlungen über die Lieferung von Elektroenergie bereits in Gang gekommen sind, wurden die Verhandlungen und Abmachungen über den innerdeutschen Handel fortgesetzt von den Hohen Kommissaren weiter gestört.

Die gegenwärtige, durch die westlichen Politiker geschaffene Lage im innerdeutschen Handel ist unhaltbar geworden. Das ganze deutsche Volk erwartet daher eine klare, von Ausflüchten freie Antwort der westdeutschen Verwaltungsstellen.

(Beifall)

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik will ihre bisherige Politik fortsetzen, die mit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auch die Wiedergewinnung der politischen Einheit Deutschlands fördert. Dazu gehört auch die allseitige Entwicklung des innerdeutschen Handels.